



EU-Kommunal

Nr. 9/2011

vom 26.09.2011

1. Kinderschutz im Internet

Kinder sind in sozialen Netzwerken und bei Videospiele nicht ausreichend vor schädlichen Inhalten geschützt. Das belegt ein von der Kommission am 13.9.2011 vorgelegter Bericht über den Schutz von Kindern in der digitalen Welt. Danach gibt es in Europa kein einheitliches Schutzniveau. Es bestehen nicht nur zahlreiche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten in der Art und Weise, wie Inhalte überprüft werden. Kritisiert wird auch, dass die EU-Staaten unterschiedliche Alterseinstufungssysteme und technische Mittel nutzen, um zu gewährleisten, dass Websites und Spiele altersgerecht sind. Der Bericht enthält Verbesserungsvorschläge, stellt aber auch fest, dass es unter den Mitgliedstaaten kein Einvernehmen gibt, wie am ehesten Kinderschutz im Internet erreicht werden kann. So sehen z.B. die meisten Mitgliedstaaten zwar einen Verbesserungsbedarf bei ihren Alterseinstufungs- und Klassifizierungssystemen. Es besteht aber keinerlei Einvernehmen darüber, ob medienübergreifende und/oder europaweite Klassifizierungssysteme für Medieninhalte hilfreich und praktikabel sind.

Die Pressemitteilung der Kommission unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1026&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Bericht vom 13.9.2011 (12 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/avpolicy/docs/reg/minors/2011_report/report_de.pdf

2. Ticket- und Geldautomaten

Die Benutzung von Ticket- und Geldautomaten soll einfacher werden. Ein von der Kommission gefördertes Pilotprojekt soll für den Abbau von technischen Hürden Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Zielgruppe sind Menschen, die sich mit der Technik nicht auskennen, Personen mit Leseproblemen, Reisende, die die Landessprache nicht beherrschen, oder auch Personen, die nur ihre Lesebrille vergessen haben. Im Rahmen dieses Projekts kommen u.a. ab 1.1.2012 in Paderborn 24 Ticketautomaten zum Einsatz, bei denen über persönliche Chipkarten die Schriftgröße und Sprachauswahl an die Bedürfnisse des Kunden angepasst werden. In der EU verfügen derzeit nur 38 % der Bankautomaten über eine Sprachfunktion, während in Kanada fast alle Automaten und in den USA 61 %



Kommunal- NEWSLETTER

BURKHARD BALZ
Ihr CDU-Abgeordneter
im Europäischen Parlament

entsprechend ausgerüstet sind. In der EU gibt es Hunderttausende von Selbstbedienungsautomaten, darunter Fahrkartenautomaten für den öffentlichen Personenverkehr und über 425000 Geldautomaten.

Pressemitteilung der Kommission unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/992&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Informationen (Englisch) unter
http://ec.europa.eu/information_society/apps/projects/factsheet/index.cfm?project_ref=270977

3. Kontenpfändung

Die Kommission hat einen Verordnungsvorschlag zur vorläufigen Kontenpfändung vorgelegt. Mit der Sperrung des Schuldnerkontos soll verhindert werden, dass der in einem anderen EU-Land wohnende Schuldner vor einer gerichtlichen Entscheidung Geld von seinem Konto abhebt und beiseite schafft. Derzeit ist die Rechtslage bei der Eintreibung von Forderungen in einem anderen Mitgliedstaat kompliziert. Daher werden von Unternehmen jährlich ca. 600 Millionen Euro unnötigerweise abgeschrieben, weil sie sich nicht auf kostspielige und undurchsichtige Rechtsstreitigkeiten in anderen Ländern einlassen wollen. Die Verordnung findet auch Anwendung auf eheliche Güterstände und Nachlasssachen, wenn in diesen Fällen Unionsrecht Grundlage der Entscheidungen ist. Mit dem Verordnungsentwurf kommt die Kommission einer Aufforderung des Parlaments nach, zur Erleichterung des grenzübergreifenden Forderungseinzugs Maßnahmen zum Einfrieren und zur Offenlegung von Schuldnervermögen vorzuschlagen. Die Vorstellung eines Gesetzesentwurfs zur Offenlegung entsprechender Vermögenswerte soll 2013 folgen.

Pressemitteilung der Kommission unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/923&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Verordnungsentwurf unter
http://ec.europa.eu/justice/civil/files/comm-2011-445_de.pdf

Pressemitteilung des Parlaments unter
http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20110509IPR18967/20110509IPR18967_de.pdf

Leitfaden zu grenzüberschreitenden Zivilverfahren unter
http://ec.europa.eu/civiljustice/publications/docs/guide_litiges_civils_transfrontaliers_de.pdf



Kommunal- NEWSLETTER

BURKHARD BALZ
Ihr CDU-Abgeordneter
im Europäischen Parlament

4. Offshore-Notfallpläne

Für Offshore-Bohrungen sollen spezielle Notfallpläne verpflichtend werden. Die Pläne sollen nach einer Entschließung des Parlaments vom 13.9.2011 Angaben über Gefahren enthalten, potentielle Verschmutzungsquellen und -folgen bewerten, sowie Notfallstrategien und Bohrpläne für mögliche Entlastungsbohrungen angeben. Darüber hinaus sollen die Erdöl- und Erdgasunternehmen bei der Lizenzvergabe nachweisen, dass sie über ausreichende Mittel zur Behebung möglicher Umweltschäden verfügen. Ein einschlägiger Gesetzesentwurf der Kommission wird noch in diesem Jahr erwartet.

Die Pressemitteilung des Parlaments unter

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110913IPR26442/html/Verpflichtende-Notfallpl%C3%A4ne-f%C3%BCr-alle-Offshore-Bohrungen>

5. Notrufsysteme in PKWs

Ab 2015 sollen alle neuen PKW und leichten Nutzfahrzeuge mit dem eCall-System ausgestattet werden. Das System wählt bei einem schweren Aufprall automatisch die Notrufnummer 112 und übermittelt den genauen Standort des Fahrzeugs und die Fahrtrichtung, was insbesondere auf Autobahnen und in Tunneln wichtig ist. Ein eCall kann auch manuell ausgelöst werden, etwa durch den Zeugen eines schweren Unfalls, indem ein Knopf im Auto betätigt wird. Experten gehen davon aus, dass durch eCall die Zeitspanne bis zum Eintreffen der Helfer in Stadtgebieten um 40% und in ländlichen Gebieten um 50 % verringert werden kann. Das setzt natürlich voraus, dass die Rettungsleitstellen technisch so ausgerüstet werden, dass sie eCall empfangen und verarbeiten können. Bislang ist nicht erkennbar, wer für diese Kosten aufkommen soll. Die Kosten für das im PKW zu installierende System werden pro Neuwagen auf unter 100 € geschätzt. Derzeit sind weniger als 1% der PKW in der EU mit automatischen Notrufsystemen ausgestattet. Die Kommission hat für 2013 eine Gesetzesinitiative angekündigt, weil die favorisierte Einführung auf freiwilliger Basis bislang erkennbar ohne Erfolg geblieben ist.

Presseinformation der Kommission mit weiteren Hinweisen unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1010&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Einzelheiten zum eCall-System unter

http://ec.europa.eu/information_society/activities/esafety/ecall/index_en.htm



BURKHARD BALZ
Ihr CDU-Abgeordneter
im Europäischen Parlament

6. Fahrtenschreiber

Die Überwachung und Auswertung von Fahrtenschreibern soll per Satellitentechnik erfolgen. Das sieht eine von der Kommission vorgelegte Neufassung der Fahrtenschreiberverordnung vor. Dadurch sollen Bus- und LKW-Unternehmen von Verwaltungsaufwand entlastet werden. Zugleich sollen durch die optimierte Überwachung der Lenk- und Ruhezeiten die Berufskraftfahrer besser geschützt, die Verkehrssicherheit erhöht und ein fairer Wettbewerb in der Logistik gewährleistet werden. Weitergehend sieht der Entwurf vor, dass die Mitgliedstaaten die bestehenden Ausnahmevorschriften, z.B. für Handwerksbetriebe, von derzeit 50 km auf 100 km ausdehnen können. Dann könnten sich Handwerker mit Fahrzeugen über 3,5 Tonnen künftig in einem Umkreis von 100 km ohne Fahrtenschreiber bewegen. Über die Neufassung haben nun das Parlament und der Rat zu entscheiden.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/903&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Einzelheiten (Englisch) zu der Neufassung unter

http://ec.europa.eu/transport/road/social_provisions/tachograph/tachograph_en.htm

7. Automobilpreisbericht 2010

In der EU sind 2010 die Auto-Preise real um 2,5 % gesunken (Deutschland -1,9%; Österreich: -3,4%). Auch die Preisunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sind rückläufig, aber nach wie vor bedeutend. Erstmals haben sich auch die Preise für Reparatur- und Wartungsleistungen nur im Rahmen des Inflationsanstiegs erhöht. Der Automobilpreisbericht enthält die Listenpreise der 89 meistverkauften Pkw-Modelle von 26 Marken in der EU.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/921&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weiteren Analysen unter

http://ec.europa.eu/competition/sectors/motor_vehicles/prices/report.html

8. Sportboote

Die Kommission hat eine Revision der Sportboot-Richtlinie vorgeschlagen. Ziel ist eine Verringerung der Belastung europäischer Gewässer durch Freizeitboote (Motorboote, Innenbord-, Außenbord- und Heckmotoren) und Jetskis (Wassermotorräder). Jetskis, die in den Rettungsdiensten und bei der Polizei zum Einsatz kommen, werden von der Neuregelung nicht erfasst. Für neue Sportboote sind strengere Grenzwerte für Stickoxide (-20%),



Kommunal- NEWSLETTER

BURKHARD BALZ
Ihr CDU-Abgeordneter
im Europäischen Parlament

Kohlenwasserstoffe (-20%) und Partikel (-34%) vorgesehen. Darüber hinaus enthält der Entwurf Sicherheitserfordernisse sowie Lärmbelastungsgrenzen. Schließlich müssen die Mitgliedstaaten künftig dafür sorgen, dass bezüglich der CE-Kennzeichnung ausreichende Kontrollen durchgeführt werden; vorschriftswidrige Sportboote sollen unverzüglich konfisziert werden. In Europa gibt es etwa 6 Millionen Sportboote.

Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/927&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

Der Richtlinienentwurf (88 Seiten) unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0456:FIN:de:PDF>

Allgemeine Hinweise zum Sportbootsektor unter

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/maritime/recreational-craft/index_de.htm

9. Fluglärm

Zum Anwohnerschutz an Flughäfen können Lärmgrenzwerte am Boden festgelegt werden. Mit dieser Entscheidung vom 8.9.2011 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) den Lärmschutz für Anwohner von Flughäfen verbessert. In dem zugrundeliegenden Fall hatte eine Fluggesellschaft in Belgien erfolglos dagegen geklagt, dass als Kriterium der Lärmpegel am Boden und nicht am Flugzeug selbst zugrunde gelegt worden war. Die Richter halten dagegen Boden-Messungen für zulässig. Das ist für Wohngebiete von praktischer Bedeutung, die in der Umgebung von Flughäfen liegen. Zu beachten ist aber das EU-Recht, d.h. die Grenzwerte dürfen nicht so streng sein, dass Airlines deswegen ihre wirtschaftliche Tätigkeit aufgeben müssten. Presseinfo des EuGH unter

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-09/cp110084de.pdf>

Das Urteil des EuGH vom 8. September 2011 (C-120/10) unter

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdi=jurcdi&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docdecision=docdecision&docop=docop&docppoag=docppo>

10. Preisniveau 2010

Im Preisniveau liegen Deutschland und Österreich im europäischen Vergleich knapp über dem Durchschnitt. Der für Deutschland ermittelte Durchschnittspreis für Verbrauchsgüter und Dienstleistungen lag 4% und für Österreich 7% über dem EU27 Durchschnitt. Die von eurostat für Deutschland und Österreich ermittelten Preise betragen für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke 110% (D) und 115% (AT); für Alkoholische Getränke und Tabakwaren



Kommunal- NEWSLETTER

BURKHARD BALZ
Ihr CDU-Abgeordneter
im Europäischen Parlament

98% und 92%; für Bekleidung 98% und 103%; Unterhaltungselektronik 96% und 102%; Privatfahrzeuge 101% und 106%; Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen 103 % und 104%. Dänemark (143% des EU27 Durchschnitts) hatte das höchste Preisniveau, England (100%) lag genau im EU27 Durchschnitt, Griechenland (96%) knapp darunter.

Pressemitteilung von eurostat mit weiteren Daten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/95&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

11. Ältere Menschen - aktiv

Es gibt einen europaweiten Vergleich der Lebenswelten älterer Menschen. Zwar hält die amtliche Statistik viele Informationen zu den Lebenswelten älterer Menschen bereit, wobei aber der demografische Wandel mit seinen Folgen für die Sozialversicherungssysteme, Altersarmut und Pflegebedürftigkeit die dominierenden Themen sind. Doch die Reduzierung allein auf die Hilfsbedürftigkeit älterer Menschen wird der gelebten Praxis nicht gerecht. Eine vom Bundesamt für Statistik vorgelegte Broschüre geht das Thema in all seinen Facetten an und untersucht auch die familiären Beziehungen älterer Menschen, ihre Präsenz auf dem Arbeitsmarkt oder ihr gesellschaftliches Engagement. Im Ergebnis wird festgestellt, dass die Mehrheit der älteren Menschen

- mit dem Leben recht zufrieden sind und die veränderten Lebensumstände im Alter gut akzeptieren,
- einen eigenen Haushalt führen,
- länger auf dem Arbeitsmarkt präsent sind,
- immer häufiger ehrenamtlich tätig sind,
- sich viel Zeit für ihre Enkel nehmen und fast so reiselustig wie die Jüngeren sind,
- Kurse an der Volkshochschule besuchen, ein Gaststudium aufnehmen, sich an das Internet herantasten und
- keine staatliche Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen, es ihnen also im Vergleich zu den Altersgenossen in den meisten anderen EU-Ländern finanziell gut geht.

Die Publikation geht auch auf die Situation in den europäischen Nachbarländern ein und vergleicht die Lebenswelten der älteren Menschen europaweit miteinander.

Die Broschüre (93 Seiten) „Ältere Menschen in Deutschland und der EU“ unter

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/BlickpunktAeltereMenschen1021221119004.property=file.pdf>



Kommunal- NEWSLETTER

BURKHARD BALZ
Ihr CDU-Abgeordneter
im Europäischen Parlament

12. Aktives Altern - Finanzmittel

Es gibt eine Broschüre über EU-Finanzmittel zur Finanzierung von Maßnahmen im Jahr für Aktives Altern. Bei dieser Broschüre (56 Seiten) handelt es sich um die überarbeitete und aktualisierte Version einer früheren Publikation, die anlässlich des Europäischen Jahres in einer aktualisierten Version veröffentlicht worden ist.

Die Broschüre unter

<http://ec.europa.eu/social/ey2012main.jsp?catId=972&langId=de&initId=1>

/ Dokumente zum Thema

13. Aktives Altern - Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle zum Europäischen Jahr für aktives Altern ist in Bonn (Bonngasse 10, 53111 Bonn) eröffnet worden (www.ej2012.de). Pressemitteilung unter [http://www.baqso.de/fileadmin/Aktuell/Presse/Ankuendung_Geschaeftsstelle EJ2012 Logo.pdf](http://www.baqso.de/fileadmin/Aktuell/Presse/Ankuendung_Geschaeftsstelle_EJ2012_Logo.pdf)

14. Gesundheitsportal

Das Gesundheitsportal gibt umfassende Informationen über Initiativen zur öffentlichen Gesundheit und zu Programmen der EU. Jedes Thema führt zu mit ihm verbundenen Unterthemen (Mein Lebensstil zum Beispiel führt zu Ernährung), in denen umfassende Informationen und Links zu Aktivitäten in der EU vorgestellt werden. Nationale Politiken zu jedem Thema finden sich in den Rubriken für die einzelnen Mitgliedstaaten. Rubriken für Nachrichten, wichtige Ereignisse in ganz Europa und Pressemitteilungen liefern aktuelle Informationen und bieten die Möglichkeit, sich an Entscheidungsprozessen im Gesundheitsbereich auf nationaler und internationaler Ebene zu beteiligen.

Das Portal unter

http://ec.europa.eu/health-eu/news_de.htm

15. Umweltaktionsprogramm

Das 6. Umweltaktionsprogramms (UAP) zeigt Fortschritte in der Umweltpolitik, aber Schwächen bei der Umsetzung. Das ist das Ergebnis der Bewertung des Programms 2002-2012 durch die Kommission. Zu den größten Erfolgen rechnet die Kommission die Ausdehnung des Natura-2000-Netzes auf beinahe 18% der EU-Festlandsfläche, die Einführung einer umfassenden Politik für Chemikalien und die Maßnahmen zum Klimaschutz. Bei der Umsetzung der vereinbarten EU-Ziele und Vorschriften und bei der Verbesserung des Artenschutzes sowie der Qualität der Böden und Gewässer ließe sich aber noch mehr tun. Die



Kommunal- NEWSLETTER

BURKHARD BALZ
Ihr CDU-Abgeordneter
im Europäischen Parlament

Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum hat insgesamt nicht dazu geführt, dass weniger Ressourcen verbraucht werden. Mit den Umweltaktionsprogrammen werden seit Beginn der 70er Jahre die Leitlinien der EU-Umweltpolitik festgelegt. Das 6. UAP war das erste Umweltaktionsprogramm, das im Mitentscheidungsverfahren durch den Rat und das Europäische Parlament angenommen wurde.

Pressemitteilung der Kommission unter
[HTTP://EUROPA.EU/RAPID/PRESSRELEASESACTION.DO?REFERENCE=IP/11/996&FORMAT=HTML&AG ED=0&LANGUAGE=DE&GUILANGUAGE=EN](http://europa.eu/rapid/pressreleasesaction.do?reference=IP/11/996&format=HTML&ag=0&language=DE&guiLanguage=en)

Die Mitteilung der Kommission vom 31.8.2011 (14 Seiten) unter
http://ec.europa.eu/environment/newprg/pdf/com_2011_531/de.pdf

Das 6. Umweltprogramm vom 22.7.2001 unter
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2002:242:0001:0015:DE:PDF>

16. Umweltdaten

Termin: 21.10.2011

Umweltdaten sollen EU-weit einheitlich definiert werden. Damit kann die grenzübergreifende Vernetzung und Analyse von Umweltdaten und die Prognosetätigkeit verbessert werden. Einheitliche Normen sind die Grundlage dafür, dass Umweltschäden schneller eingeordnet und z.B. bei grenzüberschreitenden Rettungsmaßnahmen schneller reagiert werden kann. Für ein einheitliches Normengerüst haben Experten aus ganz Europa Vorschläge erarbeitet, u.a. zu den Politikbereichen Energie, Klimaschutz, biologische Vielfalt, Meeresumwelt und Gesundheit. Die Vorschläge, bei denen es sich im Wesentlichen um eine harmonisierte Sprachregelung handelt, beziehen sich auf alle von der INSPIRE- Richtlinie erfasste 25 Bereiche. Bevor die entwickelten Normen in den Anhängen der INSPIRE- Richtlinie festgeschrieben werden, hat die Kommission diese Normenentwürfe in einem öffentlichen Konsultationsverfahren der interessierten Öffentlichkeit zur Stellungnahme vorgelegt. Die Konsultation läuft bis zum 21. Oktober 2011.

Das Konsultationsverfahren (Englisch) unter
<http://inspire.jrc.ec.europa.eu/index.cfm/pageid/201/consultation/45851>

Weitere Einzelheiten(Englisch) unter
<http://inspire.ec.europa.eu>

17. Schadstoffmessung EU-weit

Die EU-Kommission lässt die Schadstoffbelastung der Europäer untersuchen. Bei etwa 4.000 Müttern und Kindern aus verschiedenen Ländern der EU werden die Schadstoffe Quecksilber, Cadmium, Cotinin und Phthalate (Weichmacher) gemessen. In Deutschland erfolgen unter Federführung des Umweltbundesamts die Messungen in Bochum und im



Kommunal- NEWSLETTER

BURKHARD BALZ
Ihr CDU-Abgeordneter
im Europäischen Parlament

Hochsauerlandkreis (NRW). Schadstoffe aus der Umwelt finden sich in unterschiedlichem Maße auch im Menschen wieder. Ihre Bestimmung in Körperflüssigkeiten und -gewebe – das Human-Biomonitoring (HBM) – hilft u.a. zu klären, wie hoch die durchschnittliche Belastung ist. Aus den Ergebnissen des HBG können anschließend neue Regelungen zur Vermeidung von Schadstoffbelastungen abgeleitet werden.

Die Pressemitteilung des UBA unter
http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2011/pdf/pd11-037_untersuchung_zur_schadstoffbelastung_der_menschen_in_europa.pdf

Die Website des europäischen Konsortiums unter
<http://www.eu-hbm.info/>.

18. Lärmschutzkonzept – Berechnungsmethoden

Die Kommission arbeitet an Leitlinien zur Harmonisierung von Berechnungsmethoden für Lärmschutzkonzepte. Diese Leitlinien und die Entwicklung von Dosis-Wirkungs-Relationen zwischen Straßenverkehrs-, Schienenverkehrs- und Fluglärm sowie Industrie- und Gewerbelärm sind wichtige Voraussetzungen, die zur Umsetzung von nationalen Lärmschutzkonzepten von der EU vorzugeben sind. Derzeit wird davon ausgegangen, dass diese EU-Vorgaben bis Ende 2012 vorliegen. Das erklärte die Bundesregierung am 22.8.2011 im Rahmen der Beantwortung einer kleinen Anfrage (BT Ds 17/6819). Erst nach Erlass der Leitlinien kann geprüft werden, welche Bedeutung diese auch für die akustische Planung nach nationalem Recht haben und welcher Anpassungsbedarf sich daraus ergibt.

Die Bundestagsdrucksache 17/6819 unter
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/068/1706819.pdf>

19. Lebensmittel – Dioxin und PCB

Deutschland hat die Neuregelung der EU über gesundheitsschädliche Dioxine und PCB in Lebensmitteln umgesetzt. Die im Juli 2011 in Brüssel beschlossenen und ab 01. Januar 2012 geltenden rechtsverbindlichen Höchstgehalte (Grenzwerte) und der freiwillig anzuwendenden Auslösewerte (Frühwarnsystem) sind in einem aktualisierten Leitfaden für Nutztierhalter enthalten. Der Leitfaden des Bundesumweltministeriums gibt Hinweise auf mögliche punktuelle, vom Erzeuger vermeidbare Belastungsquellen und beschreibt den aktuellen Stand der Ursachenforschung für die Verunreinigung einzelner Lebensmittelgruppen wie Schafleber mit Dioxinen und PCB. Auch auf der Grundlage der aktuellen Forschungsergebnisse lassen sich nach Mitteilung des Ministeriums keine Erkenntnisse über Möglichkeiten zur drastischen Verringerung der Belastung von Schafleber mit Dioxinen und



**Kommunal-
NEWSLETTER**

BURKHARD BALZ
Ihr CDU-Abgeordneter
im Europäischen Parlament

PCB ableiten. Daher hält das Bundesinstitut für Risikobewertung seine Empfehlung aufrecht, aus Vorsorgegründen bundesweit den Verzehr von potentiell belasteter Schafleber zu meiden. Der Leitfaden des Bundesumweltministeriums unter www.bmu.de/45787

20. Glühlampenausstieg

Seit dem 1. September 2011 dürfen Standard-Glühlampen sowie konventionelle Halogenlampen mit mehr als 40 Watt nicht mehr in Verkehr gebracht werden. Grundlage ist die Verordnung (EG Nr. 244/2009) vom 18.3.2009. Die EU-Vorschrift enthält kein Verbot bestimmter Techniken, sondern stellt Anforderungen an die Effizienz von Lampen. Produkte, die weniger effizient sind, dürfen ab 1.9. 2011 nicht mehr produziert und auf den Markt gebracht werden. Verbraucher dürfen aber weiterhin jede Lampensorte einsetzen und auch Restbestände dürfen noch verkauft werden. Die technikunabhängig definierten Effizienzanforderungen für klare Lampen betreffen auch ineffiziente Energiesparlampen und LEDs. Ab dem 1. September 2016 gelten für alle Haushaltslampen Effizienzanforderungen, auch für viele herkömmliche Halogenlampen, die dann nicht mehr effizient genug sind und vom Markt verschwinden müssen.

Die Verordnung (EG) Nr. 244/2009 (Haushaltslampen mit ungebündeltem Licht) unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:076:0003:0016:DE:PDF>

Allgemeine Fragen und Antworten zum Glühlampenausstieg
http://www.bmu.de/produkte_und_umwelt/doc/44048.php

21. Tourismusförderung

Die mit EFRE-Mitteln finanzierten Tourismusprojekte haben positive Ergebnisse erzielt. Zu diesem Ergebnis kommt ein Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes. Geprüft wurden insgesamt 206 der zwischen 2000 und 2006 finanzierten Projekte aus 26 Regionen in 9 Mitgliedstaaten. Zum Zeitpunkt der Prüfung wurden 98 % der Projekte weiterhin betrieben. 94 % der durch die Projekte geschaffenen oder erhaltenen Arbeitsplätze waren bei Abschluss der Prüfungen weiterhin vorhanden. Nur 6 % der Projekte wären auch ohne die Förderung umgesetzt worden.

Pressemitteilung unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=ECA/11/25&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



Kommunal- NEWSLETTER

BURKHARD BALZ
Ihr CDU-Abgeordneter
im Europäischen Parlament

22. Tourismustag

Der Europäische Tourismustag findet am 27. September 2011 in Brüssel statt. Unter dem Motto: "Industriekultur: Differenzierung des europäischen Tourismus-Angebots" wird beraten, wie die Erhaltung der europäischen Industriekultur zur Bereicherung des touristischen Angebots beitragen kann.

Weitere Informationen unter

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/tourism/promoting-eu-tourism/european-tourism-day/2011/index_de.htm

23. Übersetzungswettbewerb

Termin: 20.10.2011

Der 5. EU-Übersetzungswettbewerb „Jvenes Translatores“ ist gestartet. Mehr als 750 Schulen können teilnehmen (Deutschland 96; Österreich 19) und Schüler und Schülerinnen des Geburtsjahrgangs 1994 zum Wettbewerb anmelden. Zum Thema „Freiwilligenarbeit“ ist ein Text von einer Seite aus einer der 23 EU-Amtssprachen in eine andere zu übersetzen, wobei die Ausgangs- und Zielsprache frei gewählt werden kann. Anmeldeschluss ist der 20. Oktober.

Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1001&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Das Anmeldeformular unter

http://ec.europa.eu/translatores/index_de.htm

24. Schülerwettbewerb

Für 2012 ist ein Schülerwettbewerb zum demografischen Wandel ausgeschrieben worden. Aufgefordert sind Mädchen und Jungen der ersten bis dreizehnten Klasse, die sich alleine oder in Gruppen Gedanken zu folgender Fragestellungen machen: „Wie sehen Umwelt, Berufe, Familien oder Städte von morgen angesichts des demografischen Wandels aus?“ Die Ausschreibung und weiterführende Informationen des unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stehenden Wettbewerbs unter

<http://www.europaeischer-wettbewerb.de>

25. Euro-Rettungsschirm

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Euro-Rettungsschirm und zur Griechenland-Hilfe hat der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages einer kurzen Bewertung unterzogen.



**Kommunal-
NEWSLETTER**

BURKHARD BALZ
Ihr CDU-Abgeordneter
im Europäischen Parlament

Die Ausführungen des Wissenschaftlichen Dienstes unter
http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2011/urteil_bverfg_euro-rettungsschirm.pdf
Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 7. September 2011 unter
http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20110907_2bvr098710.html

26. Europäisches Jahr 2013

Das Jahr 2013 soll zum „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ ausgerufen werden. Damit soll das 20jährige Bestehen der Unionsbürgerschaft gewürdigt werden, die mit dem Vertrag von Maastricht vom 01.11.1993 eingeführt worden ist. Aus der Unionsbürgerschaft, die die nationale Staatsbürgerschaft ergänzt, sie aber nicht ersetzt, ergeben sich umfassende Rechte für die Unionsbürger, die sie in allen EU-Mitgliedstaaten wahrnehmen können. Dazu gehören u.a. der Zugang zur Gesundheitsversorgung, Erwerb oder Beibehaltung des Anspruchs auf Sozialleistungen sowie das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen im Wohnsitzland. Das Parlaments hatte in einer Entschließung vom 15.12.2010 u.a. angeregt, 2013 zum „Europäischen Jahr der Bürgerschaft“ zu erklären, um die Europäer über ihre Rechte zu informieren, insbesondere die neuen Rechte, die sich aus dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ergeben.

Pressemitteilung der Kommission unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/959&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Entschließung des Parlaments vom 15. Dezember 2010 unter
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0483+0+DOC+XML+V0//DE>